

Tarifrunde der Länder (TV-L): Gesamte Kampfkraft gemeinsam einsetzen, zur vollen Umsetzung der Forderungen!

Die zweite Verhandlungsrunde der Tarifrunde der Länder fand am 15.01.25 in Potsdam statt. Diese gab wie zu erwarten ein ernüchterndes Ergebnis von der Arbeitgeber*innenseite: eine Laufzeit von 29 Monaten, eine „Erhöhung der Entgelte leicht über den Inflationserwartungen“, 120 € mehr für Auszubildende in drei Schritten und keinen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

Für uns ist klar: dieser Vorschlag ist absolut inakzeptabel! Diese minimalen Erhöhungen würden von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten aufgeessen, beziehungsweise laufen durch weiter steigende Kosten nicht einmal auf eine Nullrunde hinaus. Und das bei einer Laufzeit von zweieinhalb Jahren? Wir sagen Nein! Stattdessen sollten wir weiterhin für die volle Umsetzung der Forderungen kämpfen, und jetzt, mehr denn je, gemeinsam und mit so viel Kampfkraft wie möglich! Denn die Arbeitgeber*innen haben gezeigt, dass selbst krasse Reallohnverluste für die Beschäftigten für sie ein Kompromiss sind.

Alle gemeinsam!

Nun müssen die Gewerkschaften so viele Bereiche wie möglich mobilisieren! In den letzten Wochen sorgten getrennte Streiks und Kundgebungen von GEW und ver.di in Berlin und Potsdam für Verwirrung unter den Beschäftigten.

Dies darf nicht passieren. Stattdessen sollten die Gewerkschaften klare Transparenz beim Organisieren der Streiks zeigen und vor allem gemeinsame Streiks organisieren, bis hin zu Urabstimmungen für den unbefristeten Streik! Nicht nur die Beschäftigten der Länder sind aktuell in der Tarifauseinandersetzung. So werden beispielsweise bald auch die Beschäftigten bei den Töchterunternehmen der Vivantes, sowie der Telekom in den Streik gehen. Auch hier könnte und sollte die Gewerkschaftsführung gemeinsame Mobilisierungen organisieren und systematisch Solidarität in der arbeitenden Bevölkerung aufbauen. Wir schlagen außerdem vor, dass die Gewerkschaften schnellstmögliche lokale und bereichsübergreifende Streikversammlungen einberufen, welche über mögliche Eskalationsstrategien diskutieren und Streikdelegierte wählen können. Diese Delegierten könnten den Kolleg*innen zurückberichten und kurzfristige Aktionen und Schritte vorbereiten.

Geld für den öffentlichen Dienst statt für Rüstung!

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber*innenseite, Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD), behauptete, Deutschland könne sich den Sozialstaat und die Forderungen der Gewerkschaften nicht mehr leisten.

V.i.S.d.P.
A. Teweleit c/o
Netzwerk,
Dieffenbachstr. 17,
10967 Berlin

Instagram:
Netzwerk.verdi
Netzwerk.kaempfgew
und netzwerk-verdi.de



“Wir streiken zusammen – für die volle Durchsetzung der Forderungen“

Diskussionsveranstaltung über Strategien zum Gewinnen und politische Zusammenhänge

Donnerstag, den 29. Januar um 18 Uhr
Kontaktstelle, Gryphiusstr. 16, Berlin-Friedrichshain



Solche Argumente müssen die Gewerkschaften konsequent zurückweisen, denn eins ist klar: Geld ist da, es wird nur bewusst nicht für die arbeitende Bevölkerung investiert. Stattdessen werden Milliarden in die Rüstungsindustrie und Militarisierung gesteckt, statt in Schulen, Kitas, Universitäten und den öffentlichen Dienst. Während Auszubildende im öffentlichen Dienst sich über 120 € mehr über drei Jahre freuen sollen, bekommen sie bei der Bundeswehr sogar den Führerschein finanziert. So sollen immer mehr junge Menschen zum Militär gedrängt werden, statt in der Verwaltung, in der Bildung oder im Gesundheitswesen zu arbeiten. Die Gewerkschaften müssen dies ablehnen und klar machen, dass dies nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geschieht. Die Welt wird durch mehr Waffen nicht sicherer und es geht hier allein um die Interessen der großen Konzerne, nicht um die Verteidigung von Demokratie und Wohlstand. Dass die Ausgaben für Rüstung vorgehen sollen, hat die Tarifgemeinschaft der Länder klar gemacht. Gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine nicht-prekäre Anstellung sind bei ihnen nicht vorgesehen.

Und dabei haben die Beschäftigten in der Forderungsfindung auch gezeigt: die 7 % reichen nicht aus. Einige Belegschaften kamen zu Forderungen von bis zu 10 % bzw. 450 € mehr, wie in der GEW Berlin, oder sogar 600 € mehr für alle, wie es die ver.di Betriebsgruppe der FU Berlin gefordert hatte. Forderungen wie diese würden über die Nullrunde hinaus zu wirklichen Verbesserungen für die Kolleg*innen führen. Deshalb sagen wir: jetzt gemeinsame Streiks organisieren, Urabstimmung für Erzwingungsstreik vorbereiten, für die vollständige Umsetzung der Forderungen! Beschäftigte, egal aus welchen Gewerkschaften, gemeinsam und bereichsübergreifend auf die Straße! Schluss mit der Logik von Sozialpartnerschaft, Sparzwang und Rüstungsspirale! Gemeinsam mit dir wollen wir diskutieren, wie man das Ruder herumreißen kann. Dabei wollen wir überlegen, wie der Tarifikampf politischer, stärker, verbindender und demokratischer gestaltet werden kann. Mit dabei sind das "Netzwerk für eine kämpferische ver.di", die ver.di Betriebsgruppe an der FU, das "Netzwerk kämpferische GEW" und "Sick out" (Sozialarbeitende).

V.i.S.d.P.
A. Teweleit c/o
Netzwerk,
Dieffenbachstr. 17,
10967 Berlin

Instagram:
Netzwerk.verdi
Netzwerk.kaempfung.gew
und netzwerk-verdi.de



"Wir streiken zusammen – für die volle Durchsetzung der Forderungen"

Diskussionsveranstaltung über Strategien zum Gewinnen und politische Zusammenhänge

Donnerstag, den 29. Januar um 18 Uhr
Kontaktstelle, Gryphiusstr. 16, Berlin-Friedrichshain